



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebßhammer, Anna Rasehorn, Harry Scheuenstuhl, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: Bayerns Wasserzukunft personell absichern –
Wasserwirtschaftsämler stärken
(Kap. 12 77 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 12 77 (Wasserwirtschaftsämler) wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) für das Jahr 2026 von 43.835,5 Tsd. Euro um 1.388,5 Tsd. Euro auf 45.244,0 Tsd. Euro und für das Jahr 2027 von 44.357,3 Tsd. Euro um 2.809,0 Tsd. Euro auf 47.166,3 Tsd. Euro erhöht.

Mit den Ansätzen werden insgesamt 50 neue Stellen in den BesGr. A 9 (30 Stellen) und A 10 (20 Stellen) geschaffen.

Die Einstellung erfolgt zum 01.07.2026. Das Haushaltsgesetz wird entsprechend geändert.

Begründung:

Nahezu jedes Jahr wird Bayern durch den menschengemachten Klimawandel stärker getroffen. Extremwetterereignisse wie Hitze und Dürreperioden nehmen weiter zu. Aufgrund der insbesondere in Nordbayern spürbaren Knappheit ist Wasser mittlerweile zur wichtigsten natürlichen Ressource geworden. Der Freistaat ist in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass auch in Zukunft bayernweit eine sichere Wasserversorgung für Bevölkerung, Landwirtschaft und Wirtschaft gewährleistet ist und sämtliche Gefahren durch Hochwasser und Sturzfluten möglichst ausgeschlossen werden können. Schließlich ist der Schutz des (Tiefen-)Grundwassers und der Oberflächengewässer sowie die Überwachung der Wasserqualität mit oberster Priorität sicherzustellen.

Bayerns Wasserwirtschaftsämler nehmen hierbei eine zentrale Rolle ein. Um jedoch eine möglichst effiziente Verwaltung der Wasserressourcen garantieren und die stetig steigenden Anforderungen bewerkstelligen zu können, müssen die Behörden mit ausreichend Personal ausgestattet sein. Die Schaffung von 50 neuen Stellen wird die gegenwärtige Belegschaft entlasten und mehr Kapazitäten für ein effektives Wassermanagement zur Verfügung stellen.